

Herausforderung demokratischer Institutionen durch neue Formen politischer Mobilisierung : zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): **Roth, Roland**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **31 (1991)**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Roland Roth

Herausforderung demokratischer Institutionen durch neue Formen politischer Mobilisierung. Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Die neuen sozialen Bewegungen der Bundesrepublik befinden sich in einer paradoxen Situation. Sie sind mobilisierungstark und lebendig, setzen erfolgreich neue Themen auf die Tagesordnung und intervenieren in entscheidenden politischen Fragen. Dennoch ist es ihnen nicht gelungen, der etablierten Politik neue demokratische Formen abzuringen. Eine Reaktionsbildung, so die These dieses Beitrags, ist die Institutionalisierung von Bewegungspolitik in Gestalt eines Bewegungssektors. Dessen demokratische Herausforderungen sind bislang weitgehend unbeantwortet geblieben.

Les nouveaux mouvements sociaux de la République Fédérale Allemande se trouvent dans une situation paradoxale. Ils ont un potentiel de mobilisation fort et vivant, mettent de nouveaux thèmes à l'ordre du jour avec succès, et interviennent dans des questions politiques décisives. Et pourtant ils n'ont pas réussi à «arracher» de nouvelles formes démocratiques à la politique établie. Une réaction à cela – ainsi la thèse de cette contribution – est l'institutionnalisation d'une politique de mouvement sous la forme d'un secteur de mouvements. Les défis démocratiques de ce dernier sont restés jusqu'à présent, dans une large mesure, sans réponse.

I. Zwei Ereignisse, zwei Botschaften

Gelegentlich sind es die grossen historischen Ereignisse, die langfristige Entwicklungen und Verschiebungen von Machtverhältnissen in ein grelles Licht tauchen. Der mit dem Einigungsvertrag vollzogene Anschluss der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 und der nach dem Ablauf des Ultimatums der Vereinten Nationen am 15. Januar 1991 einsetzende Krieg am Golf beleuchten auf je unterschiedliche Weise die Situation der sozialen Bewegungen und die Reichweite ihrer politischen Mobilisierungen in der Bundesrepublik.

Der Ablauf des deutsch-deutschen Einigungsprozesses bedeutet aus der Perspektive der neuen sozialen Bewegungen eine verpasste Chance, weil die demokratischen Herausforderungen der Bürgerrechtsgruppen und Bürgerbewegungen in der DDR abgeschmettert wurden. Die wirkungsvollsten und brisantesten neuen Formen politischer Mobilisierung erlebten wir Ende der achtziger Jahre nicht im bewegungs- und protestgewohnten Westeuropa oder den durch grassroot-Traditionen geprägten USA, sondern in den Gesellschaften sowjetischen Typs. In und mit den Aufbrüchen in Osteuropa und der DDR hatten sich zunächst vielfältige Formen politischer Artikulation entwickelt, die nicht nur die Legitimität östlicher Einparteienherrschaft zerstörten, sondern auch den repräsentativ verengten Horizont des westlichen Parlamentarismus erweitern könnten. Zu den friedlichen und basisdemokratischen Praktiken des Umbruchs in der DDR gehörte zum einen der Rückgriff auf die – in den stalinistischen und post-stalinistischen Regimen blutig unterdrückten – «klassischen» Formen der Protest- und Versammlungsöffentlichkeit (Kundgebungen, Massendemonstrationen) auf Bürgerrechte insgesamt (von den Petitionen und Eingaben gegen den Wahlbetrug bei den DDR-Kommunalwahlen von 1988 bis zum Recht auf Freizügigkeit, das sich die BürgerInnen der DDR in grosser Zahl 1989 selbst genommen hatten). Zum anderen sind auch neue Formen der politischen Willensbildung und Entscheidung gefunden worden («Runde Tische» auf allen Ebenen, Bürgerkomitees etc.), in denen Elemente direkter Demokratie und konsensueller Entscheidung zum Tragen kamen. Der Umwälzungsprozess in der DDR wurde schliesslich von Initiativen und Gruppen initiiert, die thematisch und in ihren politischen Formen grosse Ähnlichkeit mit dem aufweisen, was mit dem Begriff «neue soziale Bewegungen» zusammengefasst wird.

Die politische Legitimität der «Runden Tische», Komitees und Bürgerinitiativen erlebte in der DDR nur eine kurze Blüte und ist heute allenfalls in Spurenelementen wirksam. Nach der von der Bundesrepublik nachhaltig beförderten parteipolitischen Kolonisierung der DDR schwand ihr Einfluss schnell. Mit dem als «Chef-Sache» und als «Anschluss» betriebenen Vereinigungsprozess wurde die «repräsentativ» abgeschottete politische Chancenstruktur der «alten» Bundesrepublik vorerst festgeschrieben, auch wenn es bis in die Unionsparteien hinein Kräfte gibt, die für das Offenhalten bzw. die Eröffnung einer Verfassungsdebatte im vereinigten Deutschland streiten – bisher allerdings mit geringer Resonanz.

Der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches vom 4. April 1990 könnte eigentlich eine doppelte Herausforderung darstellen. Denn nicht das

Grundgesetz, sondern dieser DDR-Verfassungsentwurf bietet weiterreichende Perspektiven für eine politische Demokratisierung. Er ist nicht nur im Geiste der BürgerInnengruppen und sozialen Bewegungen verfasst, die die «friedliche Revolution» massgeblich initiiert und gestaltet haben, und versucht deren in der Auseinandersetzung mit dem alten Regime gefundenen politischen Formen verfassungspolitisch weiterzudenken und zu institutionalisieren. Der Verfassungsentwurf des «Runden Tisches» liest sich auch wie eine verfassungsprogrammatische Umsetzung zentraler Erfahrungen der Oppositionsbewegungen in der Bundesrepublik.¹ Trotz einiger Beschränkungen (z.B. ein eher konventioneller Organisationsteil) bietet der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches gegenüber dem Grundgesetz einen deutlichen Zugewinn demokratischer Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten

- durch den Einbau direktdemokratischer Elemente,
- durch die Stärkung von Vereinigungen und Bewegungen im politischen Prozess,
- durch eine Relativierung der Position der politischen Parteien und der repräsentativen Formen,
- durch eine Stärkung von Bürgerrechten, besonders gegenüber der Verwaltung.²

Damit zeichnen sich die Konturen einer gestärkten «Zivilgesellschaft» ab, die als

1 Dazu dürfte die Beteiligung von westdeutschen Verfassungsrechtlern wie Helmut Simon, Ulrich K. Preuss, Axel Azzola, Alexander von Brünneck an den Beratungen des Runden Tisches beigetragen haben.

2 Grundlegend für die erweiterten politischen Rechte ist die – im Vergleich zum Grundgesetz – wesentlich ausführlichere und verbesserte Fassung der Menschen- und Bürgerrechte (Art. 1–40). Die im engeren Sinne politischen Rechte sind vor allem durch folgende Verfassungsbestimmungen erweitert bzw. neu geschaffen:

- Ansätze zu einer Ausgestaltung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung finden sich im Abschnitt über das Recht auf die persönlichen Daten (Art. 8,2).
- Das in Art. 21 ausformulierte «gleiche Recht auf politische Mitgestaltung» (1) stellt direkte und repräsentative Formen ungewichtet nebeneinander.
- Gerade angesichts der Bürgerinitiativverfahren im Umgang mit Verwaltungen geht der Entwurf wichtige Schritte in Richtung Stärkung der Bürgerrechte. Betroffenen wird ein weitgehendes Recht auf Verfahrensbeteiligung bei öffentlichen Planungen «insbesondere von Verkehrswegen und -anlagen, Energieanlagen, Produktionsstätten und Grossbauten» zugesichert (Art. 21,4). Dieses Recht ist nicht, wie in der BRD weitgehend, individuell begrenzt, sondern explizit auch für die Zusammenschlüsse von Betroffenen formuliert.
- Das Beteiligungsrecht bekommt z.B. «Zähne» im Kontext der Umweltschutzbestimmungen, wobei zu befürchteten nachteiligen Veränderungen «die Offenlegung der Daten über die Umweltbeschaffenheit» verlangt werden kann. Zudem wird dort die Zulässigkeit von Verbandsklagen garantiert (Art. 33,3).
- Der «revolutionäre» Geist der neuen Verfassung kommt besonders im Abschnitt «gesellschaftliche Gruppen und Verbände» zum Ausdruck. An erster Stelle wird hier den Bürgerbewegungen «als Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle» (Art. 35,1) ein besonderer Verfassungsschutz zuteil. Sie haben nicht nur das Recht, Vorlagen in die zuständigen Parlamentsausschüsse einzubringen, sondern auch – wenn auch eingeschränkt – Zugang zu Verwaltungsinformationen. Eine solche politische Privilegierung von Bürgerbewegungen und Vereinigungen (nebst den Ansätzen zu einer Freedom of Information) wäre für die Basisbewegungen in der Bundesrepublik ein unglaublicher Schritt.

positives Leitbild auch der neuen sozialen Bewegungen des Westens gelten können. Dass bereits wenige Monate nach seiner Formulierung von diesem «bewegungsfreundlichen» und demokratieförderlichen Verfassungsentwurf des «Runden Tisches» kaum mehr die Rede war, wirft ein Schlaglicht auf die Schwäche der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik und die Stärke der etablierten politischen Institutionen, die gerade im «Einigungsprozess» wenig demokratische Substanz im Sinne breiter politischer Beteiligung, artikulierter Opposition und Öffentlichkeit an den Tag legten – und dies ohne eine breite politische Oppositionsbewegung zu provozieren.

Dass die Bundesrepublik dennoch zu jenen westlichen Ländern gehört, die eine Spitzenstellung in Sachen «neue soziale Bewegungen» einnehmen, haben die Anti-Kriegs-Mobilisierungen der westdeutschen Friedensbewegung im Januar 1991 nachhaltig belegt. Fast über Nacht verwandelte sich das neue Deutschland in eine «bewegte» Republik. Die Vielfalt der Aktionen und die enormen Beteiligungszahlen bescherten der Bundesrepublik eine politisch umstrittene Sonderstellung in den westlichen Demokratien. Auf der zentralen Protestdemonstration in Bonn am 26. 1. 91 in Bonn wurden – wie zuletzt 1983 am gleichen Ort – wieder Hunderttausende gezählt. Quer durch die Republik waren weisse Bettlaken an Fenstern und Balkonen angebracht, die einen Waffenstillstand forderten. Vor allem Schülerinnen und Schüler beteiligten sich in unerwartetem Ausmass an spontanen Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Kasernen und den Toren jener Fabriken, die Waffen an den Irak geliefert hatten. Aber auch die «Veteranen» und «Bewegungsunternehmen» der neuen Friedensbewegung waren wieder zur Stelle. SPD und DGB stellten sich dieses Mal, anders noch als in der Nachrüstungsdebatte, von Anbeginn auf die Seite der Kriegsgegner.

Der Krieg am Golf und die Nato-Nachrüstung sind sicherlich nicht vergleichbar, dennoch sind wesentliche Strömungen der Antikriegsopposition zu Beginn der neunziger Jahre von jener Grundorientierung geprägt, die schon für die Nachrüstungsgegnerschaft wesentlich war. Gefordert ist eine «neue Politik», in der sich pazifistische, feministische und ökologische Motive verschränken. Im Zentrum steht die prinzipielle Absage an das Mittel der aktuellen oder angedrohten kollektiven Gewaltanwendung durch Militär. Krieg kann und soll nicht länger «ultima ratio» der Politik sein. Diese «neue Aussenpolitik» geht über einen defensiven Nuklearpazifismus hinaus und zielt auf eine umfassende Entmilitarisierung im Umgang der Nationen.³ Die Zurückhaltung der Bundesregierung bei der militärischen Unterstützung der Golf-Aktionen dürfte vielfältigen Motiven geschuldet sein. Aber sie ist sicherlich auch eine Reaktion auf das innenpolitische Gewicht der bewegt eingeklagten «neuen Aussenpolitik».

³ Rüdiger Schmitt sieht bereits in der Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre zwei unterschiedliche Mobilisierungspotentiale: eine «nuklearpazifistische Sicherheitsbewegung», die sich in erster Linie gegen das System der nuklearen Abschreckung wendet, und eine «neue Aussenpolitik» jenseits militärischer Optionen – vgl. Rüdiger Schmitt, *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1990, S. 188ff.

Die Mobilisierungen gegen den Golf-Krieg wären ohne die «Vorarbeit» der neuen sozialen Bewegungen und besonders der neuen Friedensbewegung, ihre alternativen Milieus und Netzwerke so nicht denkbar gewesen. Sie zeigen, dass der westdeutsche Bewegungssektor auch zu Beginn der neunziger Jahre lebendig ist. Gerade die starke Beteiligung von Jugendlichen spricht dafür, dass dies auch in Zukunft so sein könnte.

II. Soziale Bewegung als «normal politics» oder wenn Unkonventionelles konventionell wird

Wenn die sozialwissenschaftliche Debatte als Indikator für den Provokationsgehalt eines Gegenstands taugt, dann sieht es schlecht für die gegenwärtigen Protestbewegungen aus. «Normalität» und «Gewöhnung» prägen den Tenor selbst von Editionen, die das Wort «Challenging» noch im Titel tragen.⁴ Kühne gesellschaftstheoretische Spekulationen und erbitterte Gegnerschaften, in denen Gefahren für die Demokratie beschworen werden oder die Relevanz des Themas pauschal bestritten wird, sind selten geworden. Wenn heute davon gesprochen wird, moderne Gesellschaften seien «Bewegungsgesellschaften»⁵, dann ist dies nicht mehr mit jenen Hoffnungen verbunden, die noch dem Touraineschen Forschungsprogramm in den siebziger Jahren prophetischen Schwung verliehen haben. Weder gehen die Autoren heute davon aus, Soziologie (und Politologie) habe sich insgesamt zur Bewegungswissenschaft zu transformieren, wolle sie auf der Höhe der Zeit sein, noch geben sie der Zuversicht Ausdruck, dass wir Zeugen der Geburt einer mächtigen sozialen Bewegung werden können, wenn wir uns als deren wissenschaftliche Geburtshelfer betätigen.⁶

«Bewegungsgesellschaft» meint vielmehr die Gewissheit, dass soziale Bewegungen als Form kollektiven Handelns und politischer Artikulation zur gesellschaftlichen «Normalität» westlicher Gesellschaften gehören. Sie sind nach dieser durch den raschen Verschleiss vielfältiger Krisentheorien abgeklärten Lesart kein Krisensymptom, kein Zeichen für einen grossen gesellschaftlichen Umbruch und keine Vorboten einer neuen Gesellschaftsformation. Dass der Bewegungssektor in der Bundesrepublik im westeuropäischen Vergleich besonders vital ist, lässt sich mit dem Hinweis auf eine nachholende Entwicklung, eine zweite Demokratisierungs-

4 Russel J. Dalton/Manfred Küchler (eds.), *Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies*, Oxford 1990.

5 Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, The Analysis of Social Movements: The State of the Art and Some Perspectives for Further Research, in: Dieter Rucht (ed.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*, Frankfurt/Boulder 1991 (i. E.).

6 Alain Touraine hat diese hochgesteckten Erwartungen zwischenzeitlich deutlich zurückgenommen – vgl. Alain Touraine, *Le retour de l'acteur*, Paris 1984. An der grundsätzlichen Bedeutung neuer sozialer Bewegungen für die Gestaltung der Gegenwartsgesellschaft hat er jedoch festgehalten – s. Alain Touraine, *Beyond Social Movements*, 1990 Ms.

runde – nun «von unten» – relativieren.⁷ Themen und Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen haben sich vielmehr in allen westeuropäischen Ländern und den USA einen mehr oder weniger eindrucksvollen Ort im Gefüge intermediärer Politik neben den Parteien und Verbänden erobern können. Der damit einhergehende «Gewöhnungseffekt» wird durch neuere Befunde der Wahl- und Umfrageforschung bestätigt, die eine neue undramatische Veralltäglichung dessen aufweisen, was einmal als «unkonventionelle» Formen politischen Handelns die Gemüter erregte:

- Wertschätzung und Anhängerschaften der neuen sozialen Bewegungen sind in den achtziger Jahren meist nicht zurückgegangen, sondern leicht angestiegen.⁸
- Die Bereitschaft, zu direkten Formen politischer Artikulation zu greifen, und die Selbstverständlichkeit, mit der dieses erweiterte politische Handlungsrepertoire heute akzeptiert wird, kennzeichnen einen generellen Trend in den westlichen Demokratien.⁹
- Bewegungspolitik ist, dies zeigen jüngere US-Studien über die Protestgeneration der sechziger Jahre, häufig keine Episode jugendlichen Aufbegehrens in «moments of madness», sondern sie kann zu einer relativ stabilen politischen Option werden, die im Lebenszyklus der Akteure prinzipiell erhalten bleibt und – wie andere politische Orientierungen auch – über primäre Sozialisationsprozesse an die nächste Generation weitergegeben wird.¹⁰
- Dem Trend, die Beteiligung an sozialen Bewegungen als «normal politics» zu begreifen, entsprechen auch jene Tendenzen in den neuen sozialen Bewegungen, sich auf vielfältige Weise zu institutionalisieren, ohne ihren Bewegungscharakter einzubüßen.¹¹ Ein kritischer Beobachter hat konsequenterweise die Bewegungs-

7 Diese Interpretation gibt Ruud Koopmans, *Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen und politisches System in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1991 (erweiterte Neuausgabe S. 71–88.) Er stützt sich dabei auf die empirischen Ergebnisse eines von Hanspeter Kriesi geleiteten Vergleichsprojekts über soziale Bewegungen in den Niederlanden, der Schweiz, Frankreichs und der Bundesrepublik.

8 Dies zeigen z. B. die Auswertungen von Eurobarometerdaten – s. Dieter Fuchs/Dieter Rucht, *Support for New Social Movements in Five Western Countries*, Berlin (WZB) 1990; Jürgen Hofrichter/Hermann Schmitt, Eher mit- als gegeneinander. Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und politischen Parteien in den achtziger Jahren, in: Roth/Rucht, a. a. O., S. 469–488.

9 So die Botschaft der Arbeiten von Hans-Martin Uehlinger, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen 1988; Russell J. Dalton, *Citizen Politics in Western Democracies*, Chatham, N.J. 1988; M. Kent Jennings/Jan W. van Deth et al., *Continuities in Political Action*, Berlin/New York 1990.

10 Jack Whalen/Richard Flacks, *Beyond the Barricades. The Sixties Generation Grows Up*, Philadelphia 1989; eine Übersicht bietet Joseph R. DeMartini, *Social Movement Participation as Normal Politics*, 1990 (Ms.).

11 Aus der vielfältigen Literatur sei hier auf folgende Beiträge verwiesen: Frank Nullmeier, «Bewegung in der Institutionalisierungsdebatte», *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* H. 3–4, 1989, S. 8–19; Claus Offe, *Reflections on the Institutional Self-transformation of Movement*

forschung dazu aufgefordert, doch endlich das «Altern» der neuen sozialen Bewegungen, zu dem die «Etablierung der nichtinstitutionellen Institution Bewegung» gehört, zur Kenntnis zu nehmen.¹²

- In dieses Bild passen auch jene undramatischen Veränderungen, die im Rahmen der Wertwandel-Forschung erhoben wurden. In politischer Hinsicht behaupten sie einen eher allmählichen «culture shift» von einem «Eliten-gelenkten» zum «Eliten-herausfordernden» Politikstil.¹³ Ähnlich sind auch die sich abzeichnenden Effekte auf die etablierten Institutionen. Die Zeichen sprechen für allenfalls inkrementelle Veränderungen, weil die etablierte Politik nicht nur repressiv, sondern auch mit einem breiten Kooptationsrepertoire reagiert, das Themen, Personen und Einrichtungen aus sozialen Bewegungen absorbiert.¹⁴
- Undramatisch sind diese Verschiebungen in den Einstellungen und im politischen Handlungsrepertoire auch deshalb, weil sie bisher nicht mit spektakulären Legitimitäts- und Machtverlusten repräsentativer und institutionell geprägter Politik verbunden waren. Die bewegte Konkurrenz erzwingt kleine Abstriche, macht die Mitglieder- und Wählerwerbung schwieriger, reduziert die innerparteiliche Partizipation und senkt die Durchsetzungsfähigkeit etablierter Politik¹⁵, aber sie ist offensichtlich nicht ihr Totengräber. Der «Ausdifferenzierung» des politischen Repertoires der Bürgerinnen und Bürger¹⁶ entspricht ein durchaus konkurrentes und konflikträchtiges, aber auch (fast) selbstverständliches Nebeneinander von Parteien und sozialen Bewegungen im intermediären Bereich.¹⁷
- Die «unkonventionell» vorgebrachten ökologischen, feministischen oder friedensbewegten Themen werden kaum noch als Irrlichter von Wohlstandskindern oder fundamentaloppositionell gedeutet, sondern von den klügeren institutionellen «Gegnern» auf ihre Innovations- und Flexibilitätsreserven durchgemustert. Gerade die neuen sozialen Bewegungen der Bundesrepublik erscheinen ausländischen Beobachtern wie die einer flexibilisierten Produktionsstruktur ad-

Politics: A Tentative Stage Model, in: Dalton/Küchler, S. 232–250; für die neue Frauenbewegung Rosemarie Nave-Herz, *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, Hannover 1989, S. 93ff.

12 Bernd Ulrich, «Keine Experimente!? 11 Schnapsideen zum Torkeln der Bewegungen», *Kommune* 11/1988, S. 6–11.

13 Ronald Inglehart, *Cultural Change in Advanced Industrial Society*, Princeton 1989.

14 Eva Etzioni-Halevy, *Fragile Democracy. The Use and Abuse of Power in Western Societies*, New Brunswick/London 1989, Kap. 7.

15 Stärkere Effekte konstatiert Elmar Wiesendahl, «Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren», *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 21/1990, S. 3–14.

16 Klaus von Beyme, «Neue soziale Bewegungen und politische Parteien», *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44/1986, S. 30–39; Dieter Fuchs, *Unkonventionelle politische Handlungsformen und neue soziale Bewegungen: Entwicklungstrends neuer Formen politischer Beteiligung*, Berlin (WZB) 1990.

17 Franz Urban Pappi, «Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen», *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26/1989, S. 17–27; sowie Hofrichter/Schmitt, a. a. O.

äquate politische «software», die dabei hilft, sich auf neue ökologische und soziale Problem- und damit Absatzmärkte einzustellen.¹⁸

Entdramatisierung und «Normalisierung» prägen die gegenwärtige Stimmungslage in der Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen, wenn die neueren Debattenübersichten nicht daneben liegen.¹⁹ Selbst die von sozialen Bewegungen getragenen Aufbrüche in Osteuropa, wie zuletzt 1989/90 in der DDR, können noch zur Verstärkung dieser Perspektive beitragen, wenn sie «konvergenztheoretisch» gelesen werden, wie dies z. B. in der neu entfachten Debatte über «civil society» der Fall ist.²⁰ Am Ende des Weges winkt auch für die Länder Mittel- und Osteuropas nicht nur die «Marktwirtschaft», sondern ein ausdifferenziertes intermediäres System der Interessenvermittlung mit Parteien und sozialen Bewegungen.

III. Die Institutionalisierung eines Bewegungssektors als zentrale politische Herausforderung der neuen sozialen Bewegungen²¹

Wie lassen sich die beiden auf den ersten Blick widersprüchlichen Befunde einer «neuen Normalität» von Bewegungspolitik einerseits und ihre eingangs mit Blick auf ihre politischen Wirkungen beschriebene Marginalität in bedeutsamen «historischen» Situationen erklären? Mein Deutungsangebot hebt darauf ab, dass sich mit den neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik ein Bewegungssektor institutionalisieren konnte, der zwar dauerhaft für Protest und Thematisierungen sorgt, dessen Ort im politischen System jedoch prekär geblieben ist. Hinter der Fassade der «Normalität» wird Bewegungspolitik als Stiefkind behandelt, dem ein festgefügtes politisches Institutionensystem das Leben schwer macht. Institutionelle Förderungen, wie sie etwa im Verfassungsentwurf des «Runden Tisches» vorgesehen waren, werden tunlichst vermieden, und staatliche Gegenmobilisierungen sind an der Tagesordnung. Positive Öffnungen des politischen Institutionensystems im Sinne direktdemokratischer Partizipations- und Entscheidungsformen hatten bislang nahezu keine Chance. Auf die Frage nach den institutionellen Her-

18 Peter J. Katzenstein (ed.), *Industry and Politics in West Germany. Toward the Third Republic*, Ithaca/London 1989.

19 Neben den bereits zitierten Sammelwerken und Übersichten von Dalton/Küchler 1990, Neidhardt/Rucht 1991 und Roth/Rucht 1991 sei zusätzlich verwiesen auf Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (eds.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*, Greenwich 1988; Bert Klandermans (ed.), *Organizing for Change: Social Movement Organizations in Europe and the United States*, Greenwich 1989; Sidney Tarrow, *Struggle, Politics, and Reform: Collective Action, Social Movements, and Cycles of Protest*, Ithaca 1989.

20 Hierzu Ulrich Rödel/Günter Frankenberg/Helmut Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt 1989. Eine kritische Zwischenbilanz bietet Rainer Schmalz-Bruns, ««Civil Society» – neue Perspektiven der Demokratisierung?» *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3–4/1989, S. 20–34.

21 Diese These wurde zuerst für einen Vortrag ausgearbeitet, der unter dem Titel «Neue soziale Bewegungen als politische Institution» *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Sonderheft 1989, S. 33–51, veröffentlicht wurde. Die nachfolgenden Ausführungen greifen darauf zurück.

ausforderungen der neuen sozialen Bewegungen und der mit ihnen florierenden neuen Formen politischer Mobilisierung möchte ich daher mit einer auf den ersten Blick paradoxen, «selbstreferentiellen» These antworten: Die Institutionalisierung eines relativ eigenständigen Bewegungssektors ist die bislang nachhaltigste politische Herausforderung der neuen sozialen Bewegung.

Da soziale Bewegungen üblicherweise als natürliche Gegenspieler von Institutionen gehandelt werden und ihr Anti-Institutionalismus sprichwörtlich ist, bedarf diese These eingehender Erläuterungen. Es kann nicht um die Behauptung gehen, dass einzelne Mobilisierungen oder Themen, wie etwa die Proteste gegen die Raketenstationierung oder den § 218, institutionellen Charakter angenommen hätten. Ebensowenig werden die Zunahme von formalen Organisationen in den Bewegungen oder die Entwicklung der «Grünen» zum Anlass genommen, das stete Wirken eines «ehernen Gesetzes» der Institutionalisierung zu vermuten – Interpretationen, die im Anschluss an Max Weber und Robert Michels zum Kernbestand soziologischer Deutungen von sozialen Bewegungen gehören.²² Es geht auch nicht um die in dieser Tradition entworfenen Phasenmodelle der Institutionalisierung von sozialen Bewegungen.²³ Vielmehr zielt die These darauf ab, dass «Bewegungspolitik» heutzutage – nicht nur in der Bundesrepublik, aber hier besonders ausgeprägt – ebenso zur festen Einrichtung geworden ist wie etwa Partei- und Verbandspolitik. Diese Institutionalisierung von Bewegungspolitik bildet auch die materielle Grundlage für die in der wissenschaftlichen Debatte gegenwärtig so prominenten Normalisierungsannahmen.

Einzelne Bewegungen und Themen mögen kommen und gehen, aber die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte machen es relativ unwahrscheinlich, dass dieser Politiktypus aus dem Spektrum der politischen Formen verschwindet. Gängige Annahmen über den «flüchtigen» Charakter der neuen Bewegungen haben sich nicht bestätigt. Weder politische noch ökonomische Konjunkturen haben den neuen Protest zum Versiegen gebracht. Er war offensichtlich nicht (nur) die ungeplante Folge sozialliberaler Reformversprechen, die mit einem politischen Richtungswechsel ihr Ende findet. Weder der sozialliberale Wechsel von der Reform- zur Krisenpolitik (1974/75), noch die konservativ-liberale «Wende» (1982/83) haben Bewegungspolitik nachhaltig erschüttern können. Auch die Rückkehr von ökonomischen Krisen, Dauerarbeitslosigkeit und anderen sozialen Problemlagen hat nicht die Konjunktur von «bread and butter»-issues in einer Weise angeheizt, dass darunter die neuen Themen verschwunden wären. Die Generationenthese hat mit Jugendprotesten zu Beginn der achtziger Jahre, mit der neuen Friedensbewegung und den jüngsten Mobilisierungen gegen den Golf-Krieg an Überzeugungskraft eingebüsst. Es «marschieren» nicht nur die «68er». In der gegenwärtigen Jugendgeneration sind Formen des politischen Protests offensichtlich nicht weni-

22 Eine Würdigung dieser Theorietradition findet sich bei Francesco Alberoni, *Movement and Institution*, New York 1984.

23 Eine intensive Debatte löste in der Bundesrepublik das von Rammstedt vorgeschlagene Ablaufmodell aus – s. Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt 1978, S. 137ff.

ger selbstverständlich als in der Generation ihrer Eltern.²⁴ «Unkonventionelle Formen politischer Beteiligung» sind auch nicht als randständig und minoritär abzutun, wenn wir seit Mitte der siebziger Jahre davon ausgehen können, dass z. B. in Bürgerinitiativen mehr Menschen aktiv werden als in politischen Parteien. Bewegungspolitik erfüllt damit empirisch die definitorischen Minimalansprüche des Institutionenbegriffs: Festigkeit, Dauer, Wiederholbarkeit, internalisierte, verfestigte Verhaltensmuster und Sinnorientierungen.²⁵

Der Bewegungssektor ist dabei – zumindest auch – als eine politische Institution zu begreifen. Die neuen Bewegungen nehmen Einfluss auf Interessenartikulation, betreiben (Gegen-) Machtbildung, streiten mit anderen Akteuren (Verbänden, Parteien und Kirchen) um die politische Agenda, artikulieren normative Geltungsansprüche an demokratische Verfahren, messen Repräsentanten und Politikergebnisse mit moralischen Standards und befragen bzw. durchlöchern die Bindungswirkung von politischen Entscheidungen parlamentarischer Mehrheiten, von Regierungen und Verwaltungen. Indem sie zur Institution geworden ist, hat Bewegungspolitik die «Umwelt» der etablierten politischen Institutionen verändert und deren politisches Mandat unsicherer werden lassen.

1. Entstehung und Wandel des Bewegungssektors

Die Frage nach der Entstehung des Bewegungssektors ist keineswegs trivial, denn die Geschichte der Bundesrepublik ist insgesamt von Protestbewegungen durchzogen.²⁶ Der Beginn eines eigenständigen Bewegungssektors ist da anzusetzen, wo sich einerseits bewegungsförmig vorgebrachte Proteste und politische Themen von den Organisationsressourcen und politischen Kalkülen der bestehenden politischen und sozialen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc.) unabhängig machen und andererseits das Niveau gelegentlicher repräsentativer und demonstrativer Öffentlichkeit übersteigen. Beide Bedingungen sind in ersten Ansätzen mit den Ostermarsch-Kampagnen, später dann mit der Studentenbewegung und der Ausserparlamentarischen Opposition gegeben. Die weitere Geschichte lässt sich als Prozess der thematischen Ausdifferenzierung und Erweiterung beschreiben, wobei zunächst nur zögerlich jene «Entmischungsprodukte» der APO

24 Der besonders für Jugendliche in den achtziger Jahren behauptete Wertewandel, der eine Abkehr von der «Selbstverwirklichung durch Engagement» in Richtung einer «Selbstverwirklichung durch Konsum» diagnostiziert (vgl. Helmut Klages u.a. (Hrsg.), *Werte und Wandel*, Frankfurt/New York 1991), findet in der empirischen Partizipationsforschung keine Bestätigung – vgl. Max Kasse/Friedhelm Neidhardt, *Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen* (Band IV des Berichts der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt), Berlin 1990, S. 19ff.

25 Vgl. Gerhard Göhler, Soziale Institutionen – politische Institutionen. Das Problem der Institutionentheorie in der neueren Politikwissenschaft, in: Wolfgang Luthardt/Arno Waschkuhn (Hrsg.), *Politik und Repräsentation*, Marburg 1988, S. 12–28, hier S. 16.

26 Überblicke zur Geschichte der Protestbewegungen der Bundesrepublik bieten Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/New York 1986 (aktualisierte Neuausgabe); Lothar Rolke, *Protestbewegungen in der Bundesrepublik*, Opladen 1987.

ins Abseits geraten, die nicht dem Typus «Bewegungspolitik» zugehören (K-Gruppen und -Parteien einerseits, Terrorismus andererseits). Frauenbewegung, Anti-kernkraftproteste und Ökologiebewegung (um nur die wichtigsten zu nennen) folgen, legen sich wie neue Ringe um die bestehenden Protestkerne und bringen eigene Orientierungen, politische Formen, Einrichtungen und Resonanzgruppen ein. Über einzelne Aktionszyklen hinweg, sind diese Grundströmungen auch heute in den Bewegungsmilieus präsent.

Die Frage nach den Ursachen für die Entstehung eines eigenständigen Bewegungssektors hat inzwischen eine Fülle von Antworten hervorgebracht. Üblicherweise wird mit einer Kombination von Krisen- und Selbsterzeugungshypothesen gearbeitet. Einerseits werden die thematisierten Risiken, Benachteiligungen und Herrschaftserfahrungen nicht mehr als Aufklärungs- und Perzeptionsproblem übersensibler junger Menschen, Frauen oder naturromantischer Stadtbewohner abgetan, andererseits sind Bewegungen auch das Ergebnis bewusster Anstrengungen und politischer Kalküle, zu deren Leistung z. B. auch die Definition von und die Sensibilisierung gegenüber neuen Problemanlagen und Themen gehört. Unter institutionellen Gesichtspunkten scheinen mir besonders folgende Deutungsversuche interessant:

1. Die Entfaltung eines autonomen Bewegungssektors ist die paradoxe Folge der überaus erfolgreichen Institutionalisierung eines gutgefügtten Parteien- und Verbändesystems in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. Parteienstaatlichkeit, Basiskonsens, politische Repräsentation und staatsbürgerlicher Privatismus waren auf spezifische politische Formen und Inhalte zugeschnitten – und ausgrenzend gegenüber neuen Themen, Beteiligungsansprüchen und vor allem den nichtintendierten Folgen der in diese Regulationsmodi eingebauten Kompromissstrukturen (etwa vom Typus «Produktivitätspakt»), wie z. B. den sozialen und ökologischen Kosten des Wachstums oder den Herrschaftseffekten sozialstaatlicher Sicherungen.
2. In einer extrem repräsentations- und staatsbezogenen politischen Kultur verweisen jene Problemzonen, die sich nicht mit etatistischen Mitteln wie Macht, Recht oder Geld angemessen bearbeiten lassen, sondern Solidaritäten, Selbsthilfe oder Selbstorganisation erfordern. Diese «Medien» haben die neuen Bewegungen (erneut) kultiviert und politisch produktiv werden lassen.
3. Von der Wertwandelthese bis zum Ressourcenansatz schwingt die Vermutung mit, dass der Bewegungssektor sich vor allem deshalb entfalten konnte, weil die «Entlastung» von politischer Aktivität durch die bestehenden politischen Institutionen von grösser werdenden Gruppen der Bevölkerung als zu weitgehend und zugleich als entmündigend erfahren wurde.²⁷ Zwischen den extremen Polen

27 Einen knappen Überblick über diese aktuellen Erklärungsmodelle bietet Rüdiger Schmitt, a. a. O., Kap. 2. Claus Offe formulierte die These, dass die herrschende Politik zumindest von besser gebildeten Bevölkerungsgruppen zunehmend als «Identitätszumutung» erfahren werde – vgl. Claus Offe, Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: Roland Roth (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/New York 1980, S. 26–42.

professioneller Politik einerseits und den marginalen politischen Rollen als Wählerin und Wähler oder Parteimitglied andererseits haben/hatten die etablierten politischen Institutionen wenig anzubieten. Bewegungspolitik schöpft aus den von den «elite-directed politics» ungenutzten Ressourcen (Zeit, Geld, Fähigkeiten, Kenntnisse) und verspricht zugleich eine weniger fremdbestimmte Nutzung.

Alle drei Mutmassungen lassen eine Dauerhaftigkeit von Bewegungspolitik erwarten, wenn es nicht in den politischen Formen zu einer Öffnung und einem grundlegenden Umbau der etablierten politischen Institutionen kommt.

2. Grundmuster des Bewegungssektors

Soziale Bewegungen entstehen und agieren nicht voraussetzungslos, quasi im luftleeren Raum. Sie greifen auf institutionelle Garantien zurück, wie sie z. B. in den politischen Freiheits- und Beteiligungsrechten demokratischer Verfassungen niedergelegt sind. Durch deren Nutzung gestalten sie z. B. das Demonstrations- und Versammlungsrecht aus. Die Auseinandersetzung um die Reichweite und den praktisch-politischen Umgang mit politischen Freiheitsrechten durchzieht daher die Bewegungsgeschichte wie ein roter Faden. Ohne ein Minimum an Kommunikation und Organisation – also als ausschliesslich individuelle Option – sind die direkten Aktionsformen sozialer Bewegungen nicht denkbar. Hierzu kann ebenfalls auf vorhandene institutionelle Ressourcen zurückgegriffen werden (Medienöffentlichkeit, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Hochschulen etc.). Vor allem in den Anfängen müssen Bewegungen sich häufig als Kostgänger bestehender Institutionen über Wasser halten und versuchen, diese für ihre Themen zu gewinnen bzw. «umzufunktionieren». Solche Nutzungsverhältnisse sind riskant, durch Rauschmiss, Ressourcenentzug, Identitätsverlust oder Instrumentalisierung gefährdet und deshalb meist nur kurzfristig erfolgreich, wie z. B. Institutsbesetzungen oder die Gründung «Kritischer Universitäten» in den Studentenbewegungen gezeigt haben. Bewegungen müssen daher danach streben, eigene Kommunikations- und Organisationsstrukturen aufzubauen, die die Gefahr von Fremddeutung und Fremdbestimmung verringern. Eigene Öffentlichkeiten durch Clubs, Zeitungen, Bücher, Verlage, Versammlungsräume etc. sind dazu ein notwendiger erster Schritt. Ein zweiter ergibt sich aus den «Kosten» des Protests, bzw. aus dem Versuch, sie für die Beteiligten möglichst gering und damit die Attraktivität von Protestpolitik möglichst gross zu halten. Solidaritätsfonds und Rechtshilfe werden notwendig.

Bei solchen unabdingbaren institutionellen Voraussetzungen für Bewegungspolitik ist es jedoch nicht geblieben. Im folgenden wird nur eine provisorische Skizze des institutionellen Profils des westdeutschen Bewegungssektors versucht. Die vielen eingestürzten und abgebrochenen Neubauten, die Sackgassen und Fehlversuche bleiben ausgeblendet. Folgende Dimensionen lassen sich unterscheiden:

a) bewegungsspezifische Institutionalisierungen

Jede Bewegung innerhalb der neuen sozialen Bewegungen hat ihre eigenen Organisationskerne hervorgebracht, die (meist nur für eine begrenzte Zeit) im Namen der Bewegungen sprechen können bzw. ein übergreifendes Forum darstellen. Dies gilt für die Ausserparlamentarische Opposition (SDS, die Zeitschrift «neue kritik», Kongresse, später Studentenparteien etc.), die neue Frauenbewegung (die Zeitschriften «Emma» und «Courage», die Berliner Sommeruniversitäten, Frauen-Jahrbücher etc.), die Ökologiebewegung (Bürgerverband Bürgerinitiativen Umweltschutz – BBU, Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland – BUND etc.) und die neue Friedensbewegung (Bonner Koordinationsausschuss, Aktionskonferenzen etc.).²⁸ Auffällig ist die teilweise geringe Beständigkeit solcher zentraler Bewegungseinrichtungen, deren Niedergang jedoch meist nicht mit dem der Bewegungen identisch ist, wie z. B. der Bedeutungsverlust des BBU für den ökologischen Protest, das Einstellen von «Courage» oder die Umwandlung des zentralen Koordinationsausschusses der Friedensbewegung in ein Netzwerk Friedenskooperative zeigen. In den Bewegungen sind jeweils Kräfte aktiv, die gegen Zentralisierungen, den Aufbau von bürokratischen Apparaten, die Installierung autoritativer Sprecherinnen bzw. Sprecher ankämpfen und dies als Verletzung der Autonomie ihrer lokalen Gruppe etc. deuten. Der Anteil von übergreifenden Organisationen, formalisierten Mitgliedschaften und professioneller Arbeit ist in einzelnen Bewegungen sehr unterschiedlich (am stärksten in der neuen Friedensbewegung und der Ökologiebewegung, deutlich geringer in der neuen Frauenbewegung). Der Verzicht auf übergreifende Einrichtungen oder ihre schwache und häufig revidierte Institutionalisierung bietet den Vorteil, Leitwerte wie Autonomie, Selbsttätigkeit, Selbstverwaltung, direkte Aktionsformen vor Ort zu bewahren. Repräsentation, die Bildung von Führungsgruppen und der Zwang zu ideologischer Vereinheitlichung können so gering gehalten werden. Dies geht freilich auf Kosten der spezifischen Möglichkeiten, die institutionelle Politik eröffnet, wie z. B. dauerhaftes, strategiegeleitetes Handeln, Kompromissfähigkeit, Programmentwicklung.²⁹

b) themen- und kampagnenspezifische Einrichtungen in einzelnen Bewegungen

Die strukturelle Weiterentwicklung der Bewegungen vollzieht sich in der Bundesrepublik nicht in Richtung Zentralisierung, Hierarchie, Grossorganisation, sondern vor allem als themenspezifische Ausdifferenzierung und Professionalisierung. So stellt sich z. B. die Ökologiebewegung in dieser Perspektive als Ansammlung von vielfältigen Gruppen, Projekten, themenspezifischen Konferenzen dar (z. B. Müll- und Atommüllkonferenzen, Energiekonferenzen, Treffen der Verkehrsinitiativen, der Widerstandsgruppen gegen eine atomare Wiederaufarbeitung). Oft haben sie

28 Einen Einblick in die Ökologiebewegung bietet Dieter Rucht, Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth/Rucht, a. a. O., S. 334–358; für die neue Friedensbewegung s. Thomas Leif, *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*, Opladen 1990.

29 Hierzu bes. Offe 1990, a. a. O.

eine eigene Publizistik als Koordinationsmedium (Recycling-Rundbrief, Müll-Magazin etc.). Die in dieser Dimension sehr dynamische Entwicklung steckt voller Ambivalenzen. Einerseits lebt der an spezifischen Ereignissen und zu bestimmten Anlässen aufkommende «sichtbare» Protest sehr stark von der Vor- und Zuarbeit solcher kontinuierlich mit spezifischen Themen befassten Gruppen und Einrichtungen.³⁰ Sensibilisierung, kritische Öffentlichkeit und Alternativentwürfe gehören zu ihrer Leistungsbilanz. Andererseits gibt es einen starken Druck in Richtung «alternativer» Professionalisierung, die zwar einen «kritischen Professionalismus» in den etablierten gesellschaftlichen Institutionen befördern hilft, zugleich aber in Gefahr gerät, sich von den Motiven und Orientierungen der «Betroffenen» abzukoppeln und die eigene Profession zum Bezugssystem zu machen.³¹

c) lokale und regionale Bewegungsnetzwerke

Ein institutionelles Schwergewicht erhält Bewegungspolitik durch die lokale und regionale Ausprägung von Bewegungsmilieus, deren Konturen in der Bundesrepublik z.B. den alternativen «Stattbüchern» zu entnehmen sind. Kneipen, Treffs, Zeitungen, Kultureinrichtungen, selbstverwaltete Betriebe und Projekte etc. bilden die Knotenpunkte eines mehr oder weniger dichten und aufgefächerten Kommunikationsnetzes, das sich auf alltägliche Lebenszusammenhänge gründet. Hier werden die verschiedenen Bewegungsthemen ausgetauscht und hervorgebracht, Experimente mit kulturellen Innovationen, alternativen Lebensweisen und Einrichtungen gewagt. Bei Bedarf fungieren diese «latenten» Bewegungsbereiche als Mobilisierungsnetzwerke für sichtbare Bewegungsinitiativen.³² Diese soziokulturelle Verankerung in selbsterzeugten «Milieus» sorgt für die Kontinuität von grundlegenden Orientierungen und Sozialkontakten – trotz schnellen Themenwechsels und ideologischer Diffusität. Die lokalen Bewegungsmilieus sehen von Ort zu Ort sehr unterschiedlich aus, Stadt/Land-Unterschiede sind erheblich, und die spezifische «Lokalität» spielt eine grosse Rolle.³³ Generelle Entwicklungstendenzen weisen in Richtung zunehmender sozialer, kultureller und politischer Heterogenität, deren Ausprägungen zwischen den Polen Autonomie und Ghetto,

30 Für den regionalen Widerstand gegen eine Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf s. Winfried Kretschmer/Dieter Rucht, Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufbereitungsanlage, in: Roth/Rucht (Hrsg.), a. a. O., S. 180–212.

31 Zu den Professionalisierungsfolgen für ökologische Gegenexperten s. Klaus Müschen, Institutionalierungsprozesse im Wissenschaftsbereich: Das Öko-Institut, in: Stiftung Die Mitarbeit (Hrsg.), *Institutionalisierungsprozesse sozialer Protestbewegungen*, Bonn 1988. Weitere Beispiele liefern die Debatten über das Verhältnis von feministischer Bewegung und universitärer Frauenforschung oder Sozialarbeit – vgl. Margrit Brückner/Simone Heller, *Frauenprojekte und soziale Arbeit*, Frankfurt 1990.

32 So die Ergebnisse einer Mailand-Studie von Alberto Melucci et al., *Altri Codici. Aree di movimento nella metropoli*, Bologna 1984; zur Bedeutung von alternativen Milieus für die Friedensbewegung vgl. Rüdiger Schmitt, a. a. O., S. 159ff.

33 In diese Richtung weisen erste Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts über «lokale Bewegungsnetzwerke» in Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau und im Odenwaldkreis (FU, ZI 6).

Yuppifizierung und neuer Marginalität, «grüner» Realpolitik und autonomer Militanz, neuen Lebensstilen und Kiezmentalitäten schwanken.³⁴

d) intermediäres Umfeld

Trotz entsprechender Selbst- und Fremdstilisierungen bildet der Bewegungssektor insgesamt keine Gegengesellschaft, die sich jenseits des Bestehenden wähnen könnte. Vielmehr existiert auf lokaler Ebene (aber auch darüber hinaus) ein intermediärer Bereich, der Formen und Inhalte des Bewegungssektors selektiv aufgreift und damit zugleich für die «Normalbevölkerung» zugänglich macht. Dies gilt in erster Linie für die Bürgerinitiativen, die nicht selten auf Formen direkter Politik und auf Bewegungsdiskurse zurückgreifen.³⁵ Selbsthilfegruppen von Alten, im Sozial- und Gesundheitsbereich haben oft einen ähnlichen Status, aber auch zahlreiche Gruppierungen in etablierten Institutionen (Kirchen- und Gewerkschaftsgruppen, Jugendhausinitiativen, Studentenverbände etc.) sind gelegentlich als Teil des Bewegungsumfelds anzusehen. Dieser Bereich erweitert sich z. T. durch neue kommunale Einrichtungen, die in Reaktion auf Protestpolitik geschaffen wurden (Gleichstellungsstellen, Seniorenbeiräte, Umweltbeauftragte, Selbsthilfekontaktstellen, Beratung für den zweiten Arbeitsmarkt etc.). Besonders für die letzte Gruppe wird die grundlegende Ambivalenz intermediärer Einrichtungen deutlich. Sie bilden den notwendigen gesellschaftlichen Resonanzboden, verhindern subkulturelle Selbstghettoisierung, aber sie gefährden auch jene Radikalität und Autonomie, von der Bewegungspolitik lebt.

e) überregionale, bewegungsübergreifende Einrichtungen und Projekte

Für zahlreiche «Querschnittsaufgaben» haben sich eigene Infrastrukturen entwickelt, wie z. B. Ökonomie (Netzwerk-Selbsthilfe, Ökobank), Bildung (Alternative Bildungsstätten), Öffentlichkeit («taz»), Kultur (freie Gruppen), Gesundheit (Gesundheitsläden und -tage). In diesen Kontext können auch die Grünen gestellt werden. Ihr Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen ist stets politisch wie sozialwissenschaftlich umstritten gewesen. Aus der hier gewählten Perspektive erscheinen die Grünen als politisches Projekt, das sich aus der Bewegungspolitik heraus entwickelt hat und (noch immer) an deren Milieus gebunden ist. Der strömungspolitische Streit um die «notwendigen» Anpassungsprozesse der Grünen im Zuge ihrer «Parlamentarisierung» ist geläufig. Auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist keine «Lösung» des «grünen» Dilemmas in Sicht, zwischen den Erfolgsbedingungen von Parteienkonkurrenz und Parlamentsarbeit einerseits und den «basisdemokratischen» Partizipationsansprüchen der Mitglied-

34 Eine anschauliche Darstellung und optimistische Deutung solcher Differenzierungsprozesse bietet die Studie von Helmuth Berking/Sighard Neckel, Die Politik der Lebensstile in einem Berliner Bezirk, in: Peter A. Berger/Stefan Hradil (Hrsg.), *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile* (Soziale Welt Sonderband 7), Göttingen 1990, S. 481–500.

35 Zur «Ökologisierung» von Bürgerinitiativen im Protest gegen Flughafenprojekte s. Dieter Rucht (Hrsg.), *Flughafenprojekte als Politikum*, Frankfurt/New York 1984.

schaft und des politischen Umfelds (vor allem des Bewegungssektors) andererseits zu vermitteln.³⁶ Die gemessen an den Wahlstimmen äusserst geringen Mitgliedszahlen machen deutlich, dass Parlaments- und Parteipolitik (wie «alternativ» auch immer) als politische Option bislang keinen dominierenden Status im Bewegungssektor erobern konnten. Auch in den anhaltenden formkritischen Kontroversen innerhalb der Partei kommt diese «Milieu»-Bindung zum Ausdruck. Sie setzt der Selbstrationalisierung der Grünen offensichtlich enge Grenzen. Der von Offe diagnostizierten «Adoleszenzkrise»³⁷ dürften die Grünen nur durch die Kultivierung einer produktiven «Unreife» begegnen können, die den «linkslibertären» Orientierungen ihrer Wählerschaft Rechnung trägt.³⁸ Die Bewegungsmobilisierungen der 80er Jahre – angefangen mit den «Jugendrevolten», über die neue Friedensbewegung, die Wackersdorf-Mobilisierungen, die bewegten Reaktionen auf Tschernobyl bis zum Volkszählungsboykott von 1987/88 sprechen zumindest nicht dafür, dass nach der Ära der Bewegungen nun die grosse Stunde der («grünen») Parteipolitik geschlagen habe.³⁹ Eher ist auch weiterhin ein spannungsreiches Nebeneinander zu erwarten.

IV. Institutionelle Herausforderungen des Bewegungssektors

Kausale Zurechnungen sind nicht nur bei Erfolgen, sondern schon bei der Beschreibung von Herausforderungen von Protestbewegungen schwierig. Meist agieren Bewegungen als eine Stimme in einem vielstimmigen Konzert, sind sie aktiver und sichtbarer Ausdruck eines ansonsten schleichend und unspektakulär verlaufenden Wandlungsprozesses. Die nachfolgenden Stichworte stehen unter diesem Vorbehalt und sollen lediglich einige Elemente jener Entgrenzungen des Politischen benennen, zu denen die Protestbewegungen mit ihren Demokratisierungsforderungen beigetragen haben.

1. Gesellschaftliche Institutionen

Ins Auge fällt im Vergleich zum «Familialismus» der 50er Jahre, aber auch mit den kulturellen Mustern anderer westlicher Länder die bemerkenswerte Toleranz gegenüber und die Aufwertung von «unkonventionellen Lebensstilen». Wie weit es jedoch mit der von Habermas als Folge von '68 diagnostizierten «Fundamentalli-

36 Vgl. Thomas Poguntke, «The Organization of a Participatory Party – the German Greens», *European Journal of Political Research* 1987, S. 609–633; Herbert Kitschelt, *The Logics of Party Formation: Structure and Strategy in Belgian and West German Ecology Parties*, Ithaca 1989.

37 Claus Offe, Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen «Adoleszenzkrise?», in: Otto Kallscheuer (Hrsg.), *Die Grünen – Letzte Wahl?*, Berlin 1986, S. 40–60.

38 Vgl. Herbert Kitschelt, «Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems», *World Politics* 2/1988, S. 194–234.

39 In diese Richtung drängte Wiesenthals Diagnose vom Bewegungsherbst – s. Helmut Wiesenthal, «Die Grünen im Bewegungsherbst», *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5/1988, S. 289–299.

beralisierung»⁴⁰ der bundesdeutschen Gesellschaft her ist, wäre erst noch im Detail zu prüfen. Zumindest muss sich diese Diagnose an der durch die Protestbewegungen zugespitzten Herrschaftskritik messen lassen, die ihre Staatsfixiertheit abgelegt hatte. Tendenziell alle gesellschaftlichen Institutionen des Lebenslaufs – von der Klinik als Ort der Entbindung, über die Kindergärten, Schulen, Universitäten, Psychiatrien, Ehen und Gefängnisse bis zu den Altersheimen und Krankenhäusern als Orte des Sterbens – sind von den neuen sozialen Bewegungen institutionenkritisch durchforstet worden. Professionskritik ist bis in vormalige Arkanbereiche (etwa des Gesundheitswesens) vorgedrungen, «kritische» Professionelle erheben ihre Stimmen (z. B. in Gestalt von «alternativen Listen» bei Ärztekammerwahlen). Zu allen Institutionen bestehen auch – meist in bescheidenem Umfang – weniger professionalisierte, weniger herrschaftlich bürokratisierte «sanfte» Alternativen. Aber trotz all der Rührigkeit bewegter Kritik wurde keine der herkömmlichen Institutionen «geschliffen». Gegenbewegungen agierten z.T. erfolgreicher als die Herausforderer, wie das Beispiel der konservativen Reform der Hochschulreform zeigt. Andere Institutionen haben teilweise die kritische Potentiale modernisierend eingebunden.

Dass Macht und Gewalt kein exklusives «Medium» des politischen Systems sind, sondern das Geschlechterverhältnis in allen Lebensbereichen durchdringen, haben die Skandalisierungen der neuen Frauenbewegung unübersehbar gemacht. Auch hier sind neue Einrichtungen (Frauenhäuser, Notrufstellen, Frauentaxis etc.) entstanden und institutionelle Öffnungen spürbar (Quotierungen, Frauenbeauftragte etc.), aber noch mehr folgenlose öffentliche Rhetorik.⁴¹ Der Anspruch auf ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern, das zudem das Recht auf Differenz, auf geschlechtsspezifische Lebensentwürfe einschliesst, steht auch nach zwanzig Jahren neuer Frauenbewegung auf der Tagesordnung. So kann es nicht verwundern, dass in den Bilanzen feministischer Autorinnen bittere Töne mitschwingen.⁴² Allerdings sind schwarz-weiss gehaltene institutionelle Bilanzen insgesamt wohl wenig realitätsnah. Das Durchmustern gesellschaftlicher Institutionen auf ihre Responsivität und/oder Abschottung gegen bewegten Protest steckt noch in den Anfängen.⁴³

40 Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt 1990, S. 26.

41 In diese Rubrik fällt weitgehend der von der CDU verkündete «Abschied von der Männergesellschaft» – s. Heiner Geissler (Hrsg.), *Abschied von der Männergesellschaft*, Frankfurt/Berlin 1986.

42 Dazu Cornelia Klinger, «Abschied von der Emanzipationslogik?», *Kommune* 1/1988, S. 39–53. Beck hat die institutionellen Erfolge der aufbegehrenden Frauen einmal in das pessimistische Bild vom «Erobern sinkender Schiffe» gefasst – Ulrich Beck, *Risikogesellschaft*, Frankfurt 1986.

43 Zu den Wirkungen der Friedensbewegung s. Ute Volmerg, *Die alternative Herausforderung. Institutionen im Konflikt mit sozialen Bewegungen*, Frankfurt 1990.

2. Ökonomie

Die Reichweite der ökonomischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen sind sehr weit von den antikapitalistischen Zielsetzungen der Neuen Linken oder der radikalen Wachstumskritik ökologischer und feministischer Strömungen entfernt. Statt dessen hat sich ein neuer, gesamtwirtschaftlich freilich marginaler Sektor selbstverwalteter Betriebe stabilisieren können. Allerdings ist kaum Hoffnung auf eine rasche Ausdehnung dieses Sektors zu spüren.⁴⁴ Öffentliche Anerkennung und Förderung, marktvermittelter Professionalisierungsdruck und die Situation auf dem Arbeitsmarkt «nagen» am alternativen Selbstverständnis (das z. B. im Hinblick auf die politischen Aktivitäten der Betriebe ausgeprägter ist, als die These von einer hohen «Selbstausschöpfung» erwarten liesse) und verstärken Tendenzen zur Instrumentalisierung für einen «zweiten Arbeitsmarkt» mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen.

Die ökologische Kritik und ihre Wirkungen auf die Energieproduzenten, auf die industrialisierte Landwirtschaft, auf Grosschemie und Pharmaindustrie, aber auch auf High Chem, High Tech oder die Gentechnologie wären im einzelnen zu gewichten. Erste Übersichten deuten darauf hin, dass es mit der «materialen Politisierung der Produktion» durch die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik nicht allzu weit her ist.⁴⁵ Die Schaffung von betrieblichen Einrichtungen zur Frauenförderung oder das gestiegene ökologische Bewusstsein der Industriebeschäftigten zeigen aber, dass sich Unternehmen und Verwaltungen schon wegen ihrer Beschäftigten mit ihrer «bewegten» Umwelt auseinandersetzen müssen. Dass der ökologische Protest als Innovationsressource für veränderte Produktpaletten und einen industriellen Umweltschutz genutzt werden kann, gehört ebenso zu den Erfahrungen der letzten Jahre wie eine dennoch anhaltende Industrie- und Technikkritik («kritische Aktionäre», Tribunale gegen Branchen und einzelne Konzerne), die sich durch Unfälle und Katastrophen bestätigt sehen kann. Das institutionelle Gefüge der Ökonomie hat sich zudem mit weiteren bewegungsverstärkten Unsicherheiten auseinanderzusetzen, die aus der Politisierung der Konsumentenrolle resultieren. Sie führt zu «Akzeptanzproblemen» für Produkte und neue Technologien («Schadstoff der Woche», Konsumentenboykotts etc.).

3. Verbände und Gewerkschaften

Auch im intermediären Bereich haben sich bewegungsbedingte Umschichtungen ergeben. Traditionelle Interessenverbände, etwa im Bereich des Naturschutzes, der Sozialpolitik oder der Frauenpolitik haben durch die Propagierung ihrer Themen

44 Vgl. Frank Heider et al., «Fast wie im wirklichen Leben». *Strukturanalyse selbstverwalteter Betriebe in Hessen*, Giessen 1988; Lore Voigt-Weber et al., *Selbstverwaltete Betriebe zwischen Professionalisierung und Alternativität. Ein Regionalvergleich*, Bielefeld 1988, S. 298 ff.

45 Jobst Conrad, *Technological Protest in West Germany. Signs of a Politicization of Production?*, Berlin (WZB) 1987.

in Protestbewegungen eine Aufwertung erfahren. Einige Nutzniesser sahen sich verbandsinternen «Übermächtigungsversuchen» aus den Bewegungsmilieus ausgesetzt und haben ihren Charakter teilweise verändert (z. B. der BUND). Auch die Rückwirkungen der neuen Friedensbewegung auf die Kirchen sind nachhaltig, wie z. B. die Kirchentage der achtziger Jahre zeigten.

Relativ wenig wissen wir noch über die Effekte der neuen sozialen Bewegungen auf die Gewerkschaften, die ja unter dem Gesichtspunkt der Verschränkung bzw. Abgrenzung von «alten» und «neuen» Bewegungsthemen besonders relevant sind. Einerseits stellen die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen für das «Eindringen» von Bewegungspolitik schier unüberwindliche Hindernisse dar, weil die jeweiligen politischen Formen diametral auseinanderliegen⁴⁶, andererseits konnten Bewegungsthemen in den Gewerkschaften Fuss fassen. Dafür haben u. a. regionale Konflikte, wie etwa um die Startbahn West, gewerkschaftliche Jugendgruppen und nicht zuletzt die Aktivitäten von Frauen gesorgt. Die Folgen sind schillernd. Wir finden z. B. die paradoxe Nutzung der Bewegungen zu neuartigen Branchenbündnissen von Gewerkschaften und Unternehmen gegen die Herausforderungen des Protests, wie etwa im Atomkonflikt der siebziger Jahre und heute in der Grosschemie, wo die IG Chemie «Vertrauensarbeit» für die Produkte von Pharmaindustrie und Grosschemie betreibt, um dadurch ihre Position im System industrieller Beziehungen zu stärken. Gleichzeitig stellt der Bewegungssektor ein neues Segment der institutionellen «Umwelt» dar, das die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder heterogener, die innergewerkschaftliche Konsensbildung und Folgebereitschaft unsicher werden lässt.⁴⁷ Unter den Bedingungen konservativer Mehrheiten in Bonn hat sich in den achtziger Jahren parallel zur Sozialdemokratie auch in den Gewerkschaften eine relativ weitgehende Öffnung für die Themen des Protests vollzogen, allerdings meist «jenseits der Beschlusslage».⁴⁸ Offen ist daher, was von diesen Neuorientierungen in den Gewerkschaften bei einem Wechsel der SPD von der Opposition in die Regierung erhalten bleibt.

4. Politisches System

a) Parteien

Jenseits der zahlreichen indirekten Effekte, die die Protestbewegungen in den 60er und 70er Jahren auf die Parteien der Bundesrepublik hatten (z. B. auf dem Wege der Kooptation von Themen und Personen aus der ApO durch SPD und FDP oder über jene «68er», die heute den Reformflügel der CDU stellen) und die vor

46 Heinrich Siegmann, *The Conflicts between Labor and Environmentalism in the Federal Republic of Germany and the United States*, Aldershot 1986.

47 In dieser Perspektive Wolfgang Streeck, *Vielfalt und Interdependenz: Probleme intermediärer Organisationen in sich verändernden Umwelten*, Berlin (WZB) 1987.

48 Ein wichtiges Dokument dieser Öffnung, das auch von der DGB-Spitze begrüsst wurde, ist die Publikation von Jürgen Hoffmann et al. (Hrsg.), *Jenseits der Beschlusslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Köln 1990.

allem unter dem Stichwort «Reformpolitik» verhandelt werden⁴⁹, zeichnen sich mit der Etablierung der Grünen als Konkurrenzpartei «neuen Typs» direkte Effekte ab. Zunächst hat sich durch die neue Partei die Zahl der koalitionspolitischen Konstellationen vergrößert. Via Parteienkonkurrenz wurden die neuen Themen «hoffähig» gemacht und Innovationen in den Politikstilen angeregt. Ein Prozess, der sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit im gesamten Parteienspektrum der Bundesrepublik – mit Ausnahme vielleicht der CSU – vollzogen hat. Die Heterogenität der neuen sozialen Bewegungen ermöglicht und begünstigt selektive Nutzungen. Affinitäten wie Differenzen bestehen sowohl zum sozialdemokratischen Projekt wie zu den konservativen Gegenspielern.⁵⁰ Machtzuwachs im Sinne der Ausdehnung politischer Gestaltungsansprüche (ökologische Modernisierung, sozialverträgliche Technikgestaltung etc.) und grösserer staatlicher Regelungsdichte (Umweltrecht, Strafrecht etc.) sind einige der sozialdemokratischen Beutestücke aus dem Bewegungsarsenal. Konservativ-liberale Kräfte freuen sich an der Betonung einer «staatsfreien» Sphäre bürgerlicher Selbstgestaltung (Selbsthilfe, Subsidiarität). Die Grünen selbst haben durch die Nutzung der institutionellen Parteienprivilegien zur Unterstützung von Bewegungspolitik beitragen können (Öko-Fond, Regenbogen-Stiftung, Medienzugänge etc.). Wie sich allerdings der Bewegungssektor unter dem Druck solcher «Fremdnutzung» verändern wird, und was von ihm übrig bleibt, lässt sich gegenwärtig nur schwer absehen.

b) öffentliche Verwaltung

Die neuen sozialen Bewegungen haben die öffentliche Verwaltung vor neue Probleme gestellt. Ihre neuen Themen signalisieren veränderte Ansprüche an das Verwaltungshandeln.⁵¹ Für die deutsche Tradition vielleicht am wichtigsten sind jene alltäglichen Unbotmässigkeiten, die engere Grenzen für die Akzeptanz «bindender Entscheidungen» und einen eingeschränkten Gesetzesgehorsam signalisieren. Ein eindrucksvolles Beispiel sind die Bürgerinitiativen, die im Kontext des WAA-Standort-Karussells entstanden sind, wo die Suche nach politisch besonders rückständigen Gebieten (im Sinne obrigkeitstreuer Hinnahmefähigkeit) wenig erfolgreich verlief. Ähnliche Ergebnisse ergeben sich aus der Analyse der Volkszählungs-Boykottaktionen 1987/88, die vom Umfang der Verweigerungen her wohl die bisher massivste Infragestellung einer staatlichen Massnahme in der Bundesrepublik darstellen.⁵²

49 Hierzu Dieter Rucht, *Modernization, Reform, and Protest During the Social-liberal Era in West Germany*, 1987 (Ms.).

50 Zu den möglichen Allianzen s. Claus Offe, *Challenging the Boundaries of Institutional Politics: Social Movements since the 1960s*, in: Charles S. Maier (ed.), *Changing Boundaries of the Political. Essays on the Evolving Balance Between State and Society, Public and Private in Europe*, Cambridge 1987, S. 95ff.

51 Eine erste Bestandsaufnahme bieten Carl Böhret et al., *Herausforderungen an die Innovationskraft der Verwaltung*, Opladen 1987.

52 Vgl. Roland Appel et al. (Hrsg.), *Die neue Sicherheit. Vom Notstand zur Sozialen Kontrolle*, Köln 1988; Erwin K. Scheuch et al., *Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten*, Stuttgart 1989.

c) politische Öffentlichkeit

Die konstitutive Rolle von Öffentlichkeit für soziale Bewegungen und ihre gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten ist hinlänglich bekannt. Ein Grossteil der Bewegungsaktivitäten ist in diesen Bereich geflossen.⁵³ Die Wirkungen einer innovativen und experimentierfreudigen «alternativen Öffentlichkeit» (von der bewegungsbezogenen Gegenöffentlichkeit über den Betroffenenjournalismus bis zu den Stadtmagazinen von heute) auf ihr etabliertes Umfeld dürften nachhaltig gewesen sein. Für die ApO sind vor allem die wechselseitigen Instrumentalisierungen debattiert worden, die auch Ausdruck der Schwäche der damals noch in den Kinderschuhen steckenden Alternativöffentlichkeiten waren. Heute fällt hierzulande besonders die Sogwirkung der liberalen Medien in Richtung Szene-SchreiberInnen und Bewegungsthemen auf. Eingehendere Untersuchungen über aktuelle Effekte dieses Wechselverhältnisses stehen jedoch aus.⁵⁴

d) politische Bürgerrechte

Zu den bemerkenswerten Nicht-Effekten der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik gehört die institutionelle Folgenlosigkeit der «partizipatorischen Revolution». Die bestehenden Bürgerrechte und institutionellen Chancen (Anhörungs- und Einspruchsrechte bei Genehmigungsverfahren, kommunale Vetopositionen) wurden und werden intensiver genutzt – trotz eines Wechselbads von Liberalisierungen und neuerlichen Beschränkungen (in Sachen Demonstrationsrecht, Berufsverbote etc.). Gleichzeitig gab es trotz intensiver Debatten über die Grenzen des Mehrheitsprinzips, über Minderheitenschutz für regional besonders Betroffene und «mehr Demokratie wagen» nahezu keine entsprechenden institutionellen Erweiterungen in Richtung Sachvoten, Referenda, Plebiszite, Offenlegungspflichten für die Verwaltung oder Verbandsklagerechte. Ein aktuelles Beispiel für die institutionelle Blockade geben die rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen um gewaltfreie Blockade-Aktionen, die noch immer die strafrechtliche Bewertung als «verwerfliche Gewaltanwendung» (§ 240 StGB Nötigung) nach sich ziehen.⁵⁵

e) kommunale Ebene

Ähnlich paradox mutet die gegenwärtig quer durch alle Parteien proklamierte Aufwertung der kommunalen Ebene an, der weder zusätzliche finanzielle noch politische Kompetenzen entsprechen. Eine «bürgernahe» Dezentralisierung zugunsten der kommunalen Ebene hat nicht stattgefunden – im Gegenteil, denn die

53 Karl-Heinz Stamm, *Alternative Öffentlichkeit. Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*, Frankfurt/New York 1988.

54 Einen ersten Versuch bietet Karl-Heinz Stamm, Diffusionseffekte der alternativen Öffentlichkeit in die massenmediale Öffentlichkeit, in: Roth/Rucht, a. a. O., S. 359–376.

55 Eine kritische Bilanz bietet Günter Frankenberg, Ziviler Ungehorsam auf dem Rechtsweg, in: Roth/Rucht, a. a. O., S. 524–528.

Gebietsreform in den siebziger Jahren war die wohl schärfste Attacke auf die «kommunale Selbstverwaltung» in der Geschichte der Bundesrepublik. Dennoch wurden auf dieser Ebene politische Spielräume freigelegt – oft jedoch nur «symbolisch», gewissermaßen als basisdemokratischer Ersatz.⁵⁶ Trotz dieser Einschränkungen dürfte die kommunale Ebene das politische Terrain sein, auf dem es zu den meisten realen institutionellen Effekten gekommen ist. Dies spiegelt sich in der lebendigen Diskussion über lokale Bereichspolitiken (Energie, Umwelt, Verkehr, Frieden, Soziales, Gesundheit, Frauen, Arbeitsmarkt, Wohnen etc.), ohne dass die aktuellen Konturen einer «alternativen Kommunalpolitik» bereits deutlich wären.⁵⁷

V. Eine vorläufige Zwischenbilanz

Offensichtlich können wir von einer Entgrenzung institutioneller Politik durch die neuen sozialen Bewegungen in dem Sinne sprechen, dass der politische Prozess in der Bundesrepublik insgesamt – von der Themensetzung, über die Willensbildung bis zur Durchsetzung von Entscheidungen – gemessen etwa an den frühen 60er Jahren vielgestaltiger, strittiger, reflexiver und damit auch «politischer» geworden ist, wenn darunter die öffentliche Debatte über Interessen, Bedürfnisse, Massstäbe und gewünschte Zukünfte verstanden wird. Diese Situation erscheint wohlwollenden ausländischen Beobachtern gelegentlich als politisch vorbildlich: «If for its social and economic achievements the Federal Republic could parade itself as a model, it might yet also claim paradigmatic status for the articulacy with which a sophisticated public addresses fundamental problems of contemporary politics in an advanced industrial society».⁵⁸ Dieses Fazit gewichtet die demokratischen Effekte des ausserparlamentarischen Protestes sehr, vermutlich zu stark. Weder haben sich dadurch gesellschaftliche Machtverhältnisse grundlegend verändert, noch sind die zentralen politischen Institutionen bislang nachhaltig erschüttert worden. Dies spricht zunächst für jene undramatischen Deutungen, die besonders von liberalen ausländischen Beobachtern der Bundesrepublik favorisiert werden.⁵⁹ Die neuen sozialen Bewegungen, nebst Grünen, seien weitgehend als Modernisierungsressource in einem politischen System wirksam geworden, das sich allzu gut gegen seine Bürger und Bürgerinnen abgeschottet hatte. Die in der Bundesrepublik

56 Manfred Miller, «Von der bürgerschaftlichen Mitwirkung zum Parteienprivileg? Selbstverwaltung zwischen kommunaler Demokratie und staatlicher Bürokratie», *Deutsches Verwaltungsblatt*, 15. 11. 1986, S. 1131–1138, hier S. 1136.

57 Zum Programm s. Wolfgang Pohl et al. (Hrsg.), *Handbuch für alternative Kommunalpolitik*, Bielefeld 1985; eine Zwischenbilanz bietet Roland Roth, Städtische soziale Bewegungen und grün-alternative Kommunalpolitik, in: Hubert Heinelt/Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel 1991, S. 167–186.

58 Rob Burns/Wilfried van der Will, *Protest and Democracy in West Germany*, New York 1988, S. 278.

59 Z.B. Donald Schoonmaker, «The Changing Party Scene in West Germany and the Consequences for Stable Democracy», *Review of Politics*, 1/1988, S. 49–70.

besonders aktiven Protestbewegungen erscheinen als plebiszitärer Ersatz in einem extrem repräsentativ und professionell dominierten politischen System, und die Grünen haben eine verkrustete, innovationshemmende Parteienlandschaft aufgelockert.

Folgende Einwände sprechen gegen diese positive Modernisierungsbilanz:

1. So weit ist es mit der Modernisierung und den institutionellen Lernprozessen nicht her. Responsive Politikformen sind keineswegs gesichert, auch die traditionelle Dominanz der Parteien im politischen Prozess wird zäh verteidigt. Dies ist eine Botschaft der jüngeren Korruptionsfälle, die meist um die Parteienfinanzierung kreisen. Etatisierung, Kapitalisierung und Kommerzialisierung sind die Stichworte für die Formen, mit denen die etablierten Parteien nicht nur im Hinblick auf ihre Finanzen den Protestformen und Partizipationsansprüchen begegnen.⁶⁰

Wenn soziale Bewegungen in der Tradition von Max Weber als *status nascendi* von neuen Institutionen begriffen werden können, dann hat sich die institutionelle Botschaft der neuen sozialen Bewegungen (noch) nicht erfüllt. Wie gross die Kluft zwischen den herrschenden Verhältnissen und den demokratischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen ist, lässt sich an einigen Beispielen verdeutlichen: Wie steht es mit einer kooperativen, situativen Bürokratie, mit der Stärkung der Ehrenamtlichkeit auf Kosten der Amtlichkeit, mit der dezentralen Selbstverwaltung?⁶¹ Es zeigen sich kaum Ansätze zu einer institutionellen Absicherung von kollektiver Selbstbestimmung und Lernfähigkeit, zwei Richtwerte einer zeitgemässen «ökologischen Demokratietheorie».⁶² Wo sind die Spuren einer «neuen Gesetzgebungskultur» mit bürgerorientierten Gesetzesformulierungen, bürger- und betroffenenorientierten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, einer Gesetzgebungspraxis, die sich der Grenzen der Verrechtlichung bewusst ist und auf eine Stärkung vorrechtlicher kommunikativer Entscheidungsprozesse setzt?⁶³

2. Die im Namen bzw. auf Druck von Bewegungsprotesten realisierten institutionellen Veränderungen und demokratischen Zugewinne sind oft mit gegenläufigen Tendenzen garniert. Sie wurden jüngst als Entwicklung zu einer «fragilen Demokratie» beschrieben, die durch die Abschottung von Machteliten, durch Machtmissbrauch, zunehmende Manipulation und Korruption in der politischen Arena gekennzeichnet ist.⁶⁴ Informalisierungsprozesse im Bereich rechtli-

60 Vgl. Christine Landfried, *Partei Finanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA*, Baden-Baden 1990.

61 So buchstabiert Ronge die Bewegungsbotschaften für die Verwaltung – s. Volker Ronge, *Eine «andere» Verwaltung: Welche Alternative steckt in den neuen sozialen Bewegungen?*, Wuppertal 1988 (Ms.).

62 Ulrich K. Preuss, *Die Zukunft der Demokratie*, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), *Jahrbuch '86*, Sensbachtal 1987.

63 Hermann Hill, «Das Verhältnis des Bürgers zum Gesetz», *Die Öffentliche Verwaltung*, 16/1988, 666–670.

64 Etzioni-Halevy, a. a. O.

cher Normen, die eigentlich gewünscht sind, weisen in der Praxis häufig kontra-produktive Momente auf.⁶⁵ Die Bewegungsbereiche haben es bereits mit Problemen zweiter und dritter Ordnung zu tun, also mit jenen, die nach partiellen, oft «symbolischen» Zugeständnissen und institutionellen Innovationen auftauchen.

3. Wenn die hier vertretene Institutionalisierungsthese für den westdeutschen Bewegungssektor stimmt und den Ansprüchen der «neuen Politik» einige Stabilität zukommt, dann kann auch weiterhin mit Bewegungspolitik gerechnet werden. Dies um so mehr, weil ihre Botschaften, Gestaltungsansprüche und direktdemokratischen Praktiken keine anderen politischen Formen gefunden oder entsprechende institutionelle Modernisierungen ausgelöst haben. Ob aber der gesamtdeutsche Bewegungssektor den herausfordernden «formkritischen» Impetus bewahren kann, dürfte u. a. von folgenden Bedingungen beeinflusst werden:
 - Zum einen unterliegen die Binnenstrukturen des Bewegungssektors schnellen Veränderungen. Eine kritische Instanz ist dabei die Verfassung der eigenen Bewegungsöffentlichkeiten, deren Fähigkeit zur Reflexion und Selbstkritik der eigenen Experimente angesichts eines übermächtigen Anpassungsdrucks besonders gefordert ist. Kritische Diagnosen zu ihrer sozialen Selektivität und zum Verlust an Eigensinn stimmen skeptisch.⁶⁶
 - Zum anderen hängt wohl viel davon ab, ob Institutionalisierungen gelingen, die Bewegungspolitik bzw. direkte politische Aktionsformen weniger voraussetzungsvoll und kostspielig machen: durch erweiterte rechtliche Garantien im Bereich politischer Bürgerrechte, durch die Erweiterung von Mitsprache- und Entscheidungsrechten im politischen Raum (Referenda, Anhörungsrechte, Sachvoten etc.), durch die Stärkung professioneller Rechte (Kritik und Öffentlichkeit in Privatunternehmen und Verwaltungen entlang einer professionellen Ethik und entsprechender Schutzvorschriften). Dabei kommt es nicht nur auf entsprechende Gesetzestexte an, sondern mehr noch auf deren organisatorische Umsetzung. Können solche (und andere) institutionelle Sicherungen nicht erreicht werden – und der Umgang mit den jüngeren Protestbewegungen und dem Verfassungsentwurf des «Runden Tisches» weist in eine andere Richtung –, dann besteht die Gefahr der mittelschicht-exklusiven, sozial bornierten, thematisch eingeschnürten Rückbildung des Bewegungssektors – mit einem marginalisierten «autonomen» Rand, der sich militant von der «Altszene» distanziert. Noch immer bestimmt die ungleiche Verteilung von Bildung, Zeit und Geld über die Chancen dauerhafter demo-

65 Raymund Werle, Informalisierung rechtlicher Konfliktregelung, in: Luthardt/Waschkuhn, a. a. O., S. 204–214; für den Umweltbereich Lutz Mez, Informales Staats- und Verwaltungshandeln am Beispiel umweltpolitischer Verhandlungslösungen, in: Luthardt/Waschkuhn, a. a. O., S. 123–136.

66 Brigitte Heimannsberg/Richard Herding, «Für die Quick: Ja – für die taz: Nein. Alternative Medien und fremder sozialer Alltag», *Contraste* 6/1988.

kratischer Einflussnahme. Die Befürchtung, institutionelle Zugeständnisse könnten den gegenwärtigen sozialen Bewegungen ihre Protestspitze abbrechen, ist durchaus ernst zu nehmen. Das Spannungsverhältnis zwischen institutioneller Politik und Protestbewegungen darf nicht abgebaut werden, und der Einbau einiger direktdemokratischer Beteiligungsformen ist kein Allheilmittel. Für den die klassische Politik entgrenzenden, tendenziell umfassenden Demokratie- und Gestaltungsanspruch der neuen sozialen Bewegungen wären sie ohnehin nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

4. Es sind nicht nur die Botinnen und Boten, sondern die Botschaften selbst, die mit dem neuen Nebeneinander von etablierter und bewegter Politik in der Bundesrepublik unzufrieden machen und dazu zwingen, die «demokratische Frage» radikaler zu stellen.⁶⁷ Sie kreist notwendig um demokratische Handlungsfähigkeit, um die (Rück-)Gewinnung von Politik. Der Risikodiskurs über ökologische und technologische Gefährdungslagen hat eine umfassende «organisierte Unverantwortlichkeit» diagnostiziert. Demokratisch angemessene Formen der Kontrolle und Gestaltung jener anonymen Machtzusammenballung, wie sie mit der Europäischen Gemeinschaft im Entstehen begriffen sind, stehen nicht zur Debatte, vermutlich sind sie nicht einmal möglich. Die sozialen und politischen Folgen der Zusammen- und Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa und mehr noch die kriegerischen Zuspitzungen des Nord/Süd-Konflikts, für die der Golf-Krieg möglicherweise nur einen Auftakt darstellt, signalisieren weitere Herausforderungen, für die angemessene und demokratische Antworten im Normalbetrieb der westlichen Demokratien kaum zu erwarten sind. Angesichts der angehäuften gesellschaftlichen Problem- und Risikolagen wie auch der erweiterten Selbstbestimmungsansprüche der Bürgerinnen und Bürger, erfordert die «demokratische Frage» eine institutionelle Phantasie, die den gegebenen Verfassungsrahmen sprengt.⁶⁸ Sie leuchtete in ersten Ansätzen im Verfassungsentwurf des «Runden Tisches» auf. Die demokratischen Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen sind bislang unabgeholten.

67 Dafür plädiert Wolf-Dieter Narr, «Vom Liberalismus der Erschöpften», *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/1991, S. 216–227.

68 Für ein neues Verfassungsverständnis hat sich nachdrücklich Preuss ausgesprochen – Ulrich K. Preuss, *Revolution, Fortschritt und Verfassung*, Berlin 1990.

